

# Pflegekräfte sollen lauter werden

**GESUNDHEIT** Pflegeratsvorsitzende Krüger warnt vor Personalmangel in Pandemie

VON STEFAN IDEL,  
BÜRO HANNOVER

**Frau Krüger, der Pflegerat hat sich vehement für den Erhalt der Pflegekammer ausgesprochen. Nun wird sie abgewickelt. Kommt dem Pflegerat nun höhere Bedeutung zu?**

**Krüger:** Bereits vor Gründung der Pflegekammer haben wir uns zu vielen Themen rund um die Pflege positioniert. Ein Beispiel: Unsere Forderung nach vollständigen und flächendeckenden Gripeschutzimpfungen.

**Welchen Weg schlägt der Pflegerat vor, um eine angemessene Vertretung der professionell Pflegenden sicherzustellen?**

**Krüger:** Das wird sehr schwierig. Wir haben viele unterschiedliche Berufsverbände, die sich zwar abstimmen, deren Mitglieder aber ehrenamtlich arbeiten. Darum wünschen wir uns mit der Pflegekammer eine hauptamtliche Vertretung und fordern ein wissenschaftliches Personalbemessungsinstrument, um angemessene Personalbesetzungen zu ermitteln. Als Vertreter der Pflegekräfte müssen wir versuchen, lauter zu werden.

**In der Tarifaueinwanderung des Öffentlichen Dienstes geht es auch um die Tarifbindung in**

## PFLEGERATSVORSITZENDE UND PFLEGEDIENSTLEITERIN IN DRK-KLINIK



BILD: STEFAN IDEL

**Manuela Krüger** ist Vorsitzende des Niedersächsischen Pflegerats (NPR), der als Landesarbeitsgemeinschaft der Pflegeberufsorganisationen Ansprechpartner für alle Belange des Pflegewesens in Niedersachsen ist. Krüger arbeitet seit 43 Jahren in der Pflege. „Ich brenne immer noch für meinen Beruf“, sagt sie. Die Oberin der DRK-Schwesternschaft Clementinenhaus ist seit 25 Jahren Pflegedienstleiterin im DRK-Krankenhaus Clementinenhaus in Hannover. Sie war Mitglied im Errichtungsausschuss für die Pflegekammer Niedersachsen. Im Vorstand des Verbandes der DRK-Schwesternschaften vertritt Krüger die DRK-Krankenhäuser.

**Pflegeheimen. Wie ist die Position des Pflegerats?**

**Krüger:** Tarifverhandlungen sind Aufgabe der Gewerkschaften. Uns geht es um die Rahmenbedingungen für eine gute Pflege. Da haben uns die Gewerkschaften in den vergangenen 30 Jahren nicht viel weiter gebracht. Ein Beispiel: Ich bin seit 25 Jahren Pflegedienstleiterin. In dieser Zeit haben nur fünf Mitarbeiterinnen gesund die Rentenphase erreicht. Die Bedingungen für die schwer belastende Arbeit am Krankenbett müssen einfach besser werden.

**Hat die Politik zu wenig aus der Corona-Krise gelernt?**

**Krüger:** Das Klatschen war nett, aber es müssen endlich Taten folgen. Wir werden in der Corona-Pandemie weiter Probleme bei der Versorgung der Patienten bekommen. Unsere Mitarbeiter sind hochgradig gefährdet. Wenn wir ein oder zwei Covid-19-Ausbrüche bekommen sollten, kann die Patientenversorgung durch die Quarantäne der Pflegenden nicht mehr gewährleistet werden. Schon jetzt sehen wir: Es werden mehr Corona-Patienten. Und die Patienten werden jünger.

**Was ist zu tun?**

**Krüger:** Mehrheitlich sind Frauen, die oft Familie haben,

in der Pflege tätig. Auch in unserem Haus wird es immer schwieriger, an 365 Tagen im Jahr drei Schichten zu besetzen. Von daher brauchen wir einfach mehr Personal. Natürlich kostet das Geld. Aber die Hilfen für die Lufthansa oder die Deutsche Messe AG kosten auch viel Geld.

**Die Grippewelle steht bevor. Lassen sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter impfen?**

**Krüger:** Ja, wir fordern, dass sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter impfen lassen. Es wäre fatal, wenn wir neben der Corona-Pandemie auch noch eine Influenza-Welle bekommen würden.

## WAS WICHTIG IST

### Land erstattet Mitgliedsbeiträge

**HANNOVER/STI** – Ein erster Referentenentwurf für das Auflösungsgesetz der Pflegekammer Niedersachsen wird in Kürze in die Abstimmung innerhalb der SPD-CDU-Landesregierung und in die Verbandsbeteiligung gehen. Das teilte die Sprecherin des Sozialministeriums in Hannover, Stefanie Geisler, auf Anfrage mit. Die Rückerstattung der Beiträge an die rund 78.000 Kammermitglieder solle so schnell wie möglich erfolgen. Insgesamt geht es um Beiträge im Volumen von 4 Millionen Euro, wie Sozialministerin Carola Reimann (SPD) kürzlich vor dem Landtag einräumte.

Die Landesregierung hatte sich entschieden, die umstrittene Kammer nach nur drei Jahren aufzulösen, nachdem bei einer Online-Abstimmung 70,6 Prozent für das Ende der Einrichtung votiert hatten. Allerdings beteiligten sich lediglich 19,3 Prozent an der Abstimmung. Die Kammer selbst hält das Ergebnis für nicht repräsentativ. Sie musste allerdings nach einem Gerichtsbeschluss eine Pressemitteilung mit der Überschrift „Pflege darf nicht auf stumm geschaltet werden“ von ihrer Homepage nehmen. Als Rechtsnachfolgerin der Pflegekammer muss das Land auch für deren Schulden einstehen. Die Gesamtkosten werden auf rund 13 Millionen Euro geschätzt.